

2 Öffentliche Erinnerungen in Deutschland und Polen

In diesem Kapitel soll die öffentliche Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs in beiden Ländern skizziert werden. Dies geschieht auf der Basis bereits vorhandener Forschungsliteratur, ergänzt durch eigene Interpretationen ausgewählter Quellen. Allerdings kann dabei schon aufgrund der enorm hohen Anzahl von Veröffentlichungen nicht der Anspruch eines vollständigen Überblicks über die bisherige Forschung erhoben werden. Das Ziel dieses Kapitels ist vielmehr, gewissermaßen ein Bild der Erinnerungslandschaften in beiden Ländern zu zeichnen, das als Hintergrund für die nachfolgende Analyse der kommunikativen Erinnerung dienen kann. Dafür werden die wesentlichen Diskurse, Entwicklungen und Akteure der Erinnerung in Deutschland und Polen nachgezeichnet. Darüber hinaus wird es auch um Kontroversen und unterschiedliche Positionen gehen, sowohl bei den Erinnerungsakteuren selbst als auch bei Beobachtern und Forschern. Die Darstellung, aber auch die Auswahl der Quellen orientiert sich an den Fragestellungen, die uns auch bei der Auswertung der Gruppendiskussionen (Kapitel 4 und 5) wieder begegnen werden. Neben der öffentlichen Erinnerung in Form von Büchern, Filmen, Fernsehsendungen, Veranstaltungen etc. wird dabei auch die Ebene der offiziellen Erinnerung berücksichtigt, also Reden staatlicher Repräsentanten, Regierungsprogramme und Ähnliches.

Die Darstellung ist in zwei Länderteile gegliedert. Der Grund dafür ist, dass die Aushandlung und Verbreitung von Vergangenheitsbildern sehr stark mit Fragen der nationalen Identität verknüpft ist. Der Nationalstaat ist gewissermaßen die Arena, in der sich die Vorstellung von einer gemeinsamen Geschichte und die Vorstellung von kollektiver Identität wirkungsmächtig miteinander verbinden (Anderson 1987; Hobsbawm und Ranger 1989; Hroch 2005). Trotz transnationaler Rahmenbedingungen, wie der Blockkonfrontation und dem Kalten Krieg, gilt dies auch für die allermeisten europäischen Staaten nach 1945, als verschobene Grenzen, veränderte Machtverhältnisse und zum Teil neu gegründete Staaten nach einer politischen Legitimation verlangten. Diese speiste

sich zu einem guten Teil aus bestimmten Vergangenheitsbildern, die eine sozial integrative Funktion hatten. Insbesondere die Deutung des Zweiten Weltkriegs und seiner Vorgeschichte ging oft mit einer klaren Rollenverteilung zwischen Gut und Böse einher und nahm nicht selten mythische Formen an (Judt 1993, 2006).²³ In fast allen europäischen Ländern verdichtete sich die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zu einer geschichtspolitischen „Meistererzählung“ (Jar-ausch und Sabrow 2002),²⁴ in der sich die politische Legitimation des jeweiligen Nationalstaates einerseits und das kollektive Selbstverständnis seiner Bürger andererseits vermittelten (vgl. Flacke 2004).

Die länderweise Darstellung ist demnach am besten dazu geeignet, die jeweils national spezifischen Kontexte, Vorgeschichten und Paradigmen der öffentlichen Erinnerung nachzuzeichnen.

In Deutschland und Polen spielten nach 1945 die jeweils spezifischen Interpretationen des Nationalsozialismus bzw. des Zweiten Weltkriegs eine entscheidende Rolle. Das ist kaum verwunderlich, waren doch aufgrund des Krieges drei neue Staaten entstanden: die sozialistische Volksrepublik Polen (VRP), die Deutsche Demokratische Republik (DDR) und die Bundesrepublik Deutschland (BRD). Alle drei Staaten versuchten sich bei ihrer Legitimation – wenn auch auf sehr unterschiedliche Art und Weise – in die Tradition der polnischen bzw. deutschen Geschichte zu stellen. Die in den Jahrzehnten bis zum Fall des Kommunismus in Polen und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten geprägten Erinnerungen sind zum Teil heute noch wirkungsmächtig, wie wir sehen werden. Der Schwerpunkt der nachfolgenden Darstellung soll jedoch auf der öffentlichen Erinnerung in Deutschland und Polen in der Zeit nach 1989 liegen.

Dabei ist wichtig zu betonen, dass die Erinnerungen in beiden Ländern keineswegs als homogen angesehen werden können. Den Schwerpunkt der beiden Länderkapitel bilden daher die Streitpunkte, die im Zentrum der jeweiligen Erinnerungskultur stehen. In Deutschland (2.1) ist das die Frage nach dem richtigen Umgang mit dem Nationalsozialismus. Der Begriff der *Vergangenheitsbewältigung* beschreibt dabei eine grundlegende Ambivalenz: Zum einen steht der Begriff für eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit,

²³ In Frankreich, aber auch in anderen westeuropäischen Staaten, hatte der sogenannte „Résistance-Mythos“ (Lagrou 2000) nach 1945 eine wichtige integrative Funktion. Grundlage dieses Mythos war ein Vergangenheitsbild, in dem die Bevölkerung des Landes geeint war in der Opposition bzw. im Widerstand gegen die deutsche Besatzung. Fragen der Kollaboration oder der Sympathie mit den Nationalsozialisten wurden hingegen weitgehend verschwiegen. Durch dieses stabilisierende und homogenisierende Narrativ wurden zum Teil auch noch bestehende politische und soziale Konflikte aus der Zwischenkriegszeit überbrückt. Zum Begriff des Mythos vgl. Barthes 2003 [1964].

²⁴ Mit dem Begriff „Meistererzählung“ wird in der Geschichtswissenschaft ein historisches Deutungsnarrativ bezeichnet, das so dominant ist, dass selbst konkurrierende Narrative sich darauf beziehen müssen, um überhaupt als solche wahrgenommen zu werden.

zum anderen für den Wunsch, diese belastende Vergangenheit hinter sich zu lassen. Im Kern geht es dabei um die Frage, welche Verantwortung die damaligen Deutschen für die Verbrechen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs hatten und welche Konsequenzen dies bis heute hat. In Polen (2.2) ist der Ausgangspunkt vieler Debatten hingegen das Selbstbild Polens als Opfernation (Fritz et al. 2008: 121), das von einigen gepflegt, von anderen hinterfragt oder abgelehnt wird. Dabei spielt das Verhältnis zu anderen Nationen und Gruppen, allen voran Deutschen, Russen und Juden, eine zentrale Rolle. Die länderspezifische Darstellung wird, wie bereits erläutert, zwar der Eigendynamik nationalstaatlicher Erinnerungsdiskurse gerecht, erschwert aber mitunter den direkten Vergleich zwischen Entwicklungen in Deutschland und Polen. Daher werden in einer kurzen Zusammenfassung (2.3) die Befunde aus beiden Ländern noch einmal direkt miteinander kontrastiert.

2.1 Deutschland

Der Nationalsozialismus oder besser die Abgrenzung von ihm spielt bis heute eine zentrale Rolle für das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Dies geht auf die Situation direkt nach Kriegsende zurück. Die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 und die doppelte Staatsgründung von DDR und BRD 1949 (vgl. Kleßmann 1991) machten in beiden deutschen Staaten eine neue Form der politischen Legitimation erforderlich. Anders als in anderen europäischen Staaten gab es dabei „kaum mehr positive, selbstverständliche historische Bezugspunkte“ (Wolfrum 1999: 346). Anstelle einer positiven Tradition wurde daher die Abgrenzung von der Vergangenheit und insbesondere vom Nationalsozialismus zum Hauptfaktor der politischen und kulturellen Legitimation (vgl. Zifonun 2004) – allerdings auf sehr unterschiedliche Art und Weise. Die DDR verstand sich selbst als antifaschistisch und sah in der BRD die Kontinuität des revanchistischen und imperialistischen Deutschen Reiches. Die BRD wiederum betrachtete sich als demokratisch und antitotalitär und setzte ihrerseits die DDR als Diktatur mit dem NS-Staat gleich. Die beiden deutschen Staaten befanden sich also in einem „System gegenseitiger Selbstentlastung und Beschuldigung“ (Niven 2006b: 1). Mit der Vereinigung 1990 fiel diese Konkurrenz weg. Dennoch spielt die Abgrenzung vom Nationalsozialismus auch heute noch eine zentrale Rolle für das politische Selbstverständnis der Deutschen.

In diesem Unterkapitel wird es schwerpunktmäßig um die heutige Erinnerung an den Nationalsozialismus gehen. Die Erinnerungsgeschichte, also der

Umgang mit der NS-Zeit zu früheren Zeitpunkten, wird nur punktuell erwähnt.²⁵ Die Darstellung gliedert sich wie folgt: Im ersten Abschnitt (2.1.1) wird der gegenwärtige Erinnerungskonsens in Deutschland beschrieben. Im nächsten Abschnitt (2.1.2) geht es um den zentralen und zugleich schillernden Begriff der *Vergangenheitsbewältigung* und die Entwicklung zweier unterschiedlicher Paradigmen des Umgangs mit der NS-Vergangenheit. Im dritten Abschnitt (2.1.3) wird beschrieben, dass auch die gegenwärtige Erinnerung an den Nationalsozialismus trotz eines weitgehenden Konsenses durchaus unterschiedlich bewertet wird. Der vierte Abschnitt (2.1.4) zeigt, dass vor allem bei der Thematisierung von Täterschaft häufig Strategien der Externalisierung und der Diffusion Anwendung finden. Im vorletzten Abschnitt (2.1.5) geht es um den jüngeren Diskurs um Deutsche als Opfer von Krieg und Nationalsozialismus und insbesondere um den Vertreibungsdiskurs. Am Ende steht eine kurze Zusammenfassung (2.1.6).

2.1.1 Erinnerungskonsens

In den letzten 10-15 Jahren hat sich in Deutschland ein übergreifender gesellschaftlicher Konsens bezüglich der Erinnerung an den Nationalsozialismus herausgebildet. Im Zentrum stehen dabei nicht so sehr die historischen Ereignisse selbst, als vielmehr die Art und Weise des Umgangs mit der NS-Zeit. Die nationalsozialistischen Verbrechen werden nicht mehr wie früher verdrängt oder verschwiegen. Stattdessen hat sich eine Art „kategorischer Erinnerungsimperativ“ (Reichel 1999: 40) durchgesetzt: Die Erinnerung wird zur Aufgabe, zu einem Wert an sich, mit dem Ziel, *Lehren* aus der Vergangenheit zu ziehen. Mit dem *Lernen aus der Geschichte* wird der Anspruch verbunden, Fehlentwicklungen in der Vergangenheit (wie den Nationalsozialismus) in der Gegenwart und in der Zukunft zu vermeiden.

Zu diesem Erinnerungskonsens gehört, dass unterschiedliche Interpretationen der NS-Vergangenheit kaum noch Gegenstand politischer Kontroversen sind. Gestritten wird nicht mehr über die Frage, *ob* an Nationalsozialismus und

²⁵ Die Literatur zur Geschichte der Erinnerung an die NS-Zeit in der BRD ist schier unüberblickbar. Einen aus meiner Sicht hervorragenden Überblick bietet Kansteiner 2006; an einer Periodisierung versuchen sich u.a. Frei 2005b sowie Assmann und Frevert 1999: 143ff. Lexikonartige Übersichten der wichtigsten Begriffe und Kontroversen finden sich bei Fischer und Lorenz 2007 sowie Sabrow 2008. Bei der Erinnerungsgeschichte in der DDR ist die Lage etwas übersichtlicher. Neben Wolfrum 1999 sind hier vor allem Herbert und Groehler 1992 sowie Danyel 1995 zu nennen. Herf 1998 konzentriert seine Darstellung auf die Entstehung der jeweiligen Vergangenheitskonzeptionen in den 40er und 50er Jahren. Die Familienerinnerungen im ehemaligen Ost- und Westdeutschland untersucht Moller 2003.

Zweiten Weltkrieg erinnert werden soll, sondern allenfalls noch über die Frage, *wie* dies geschehen soll. Es geht nicht mehr um politische Grundsatzfragen wie etwa in den Auseinandersetzungen um die Brandt'sche Ostpolitik in den 1970er Jahren. Im Unterschied zum früheren Kontroversen wie dem sogenannten *Historikerstreit* in den 1980er Jahren werden auch innerhalb von Fachkreisen keine grundsätzlichen Debatten mehr über unterschiedliche Einschätzungen des Nationalsozialismus geführt. Selbst Debatten um die „richtige“ Art der Erinnerung, wie sie in den 1990er Jahren etwa um die sogenannte *Wehrmachtsausstellung*²⁶ oder Daniel Goldhagens Buch *Hitlers willige Vollstrecker*²⁷ geführt wurden, gibt es heute kaum noch. Auseinandersetzungen gibt es heute, wenn überhaupt, nur noch um konkretere Fragen wie die Ausgestaltung oder Finanzierung einzelner Erinnerungsstätten.

Infrage gestellt wird dieser gesellschaftliche Konsens nur von mehr oder weniger marginalisierten Gruppen.²⁸ Verstöße gegen diesen Konsens werden in der medialen Öffentlichkeit meist als Skandal wahrgenommen und sanktioniert. Dazu gehören positive Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus, wie durch die Fernsehmoderatorin Eva Herman,²⁹ Äußerungen, die von der Öffentlichkeit als offen antisemitisch eingestuft werden, wie die Rede des Politikers Martin

²⁶ Von 1995 bis 1999 wurde die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944* (Hamburger Institut für Sozialforschung 1997) gezeigt, die vor allem mittels schockierender Fotografien von NS-Verbrechen den Mythos von der sauberen Wehrmacht infrage stellte. Die Ausstellung wurde einerseits zum Publikumsmagneten, andererseits zum Gegenstand von Debatten und Kritik in Politik, Medien und Wissenschaft sowie zum Ziel von verbalen Angriffen und sogar eines Sprengstoffanschlags (vgl. u.a. Thiele 1999; Hartmann 2005; Musiał 1999). Als Reaktion auf die Kritik wurde die Ausstellung durch eine Historikerkommission überprüft. Ab 2001 wurde eine zweite Ausstellung gezeigt (Hamburger Institut für Sozialforschung 2002), die nach Meinung von Kritikern deutlich „entschärft“ war (Heer 2002).

²⁷ 1996 hatte Daniel J. Goldhagen mit seinem Buch *Hitlers willige Vollstrecker* (Goldhagen 1996) eine lebhafte Debatte in der deutschen Medienöffentlichkeit ausgelöst (vgl. Schoeps und Augstein 1996; Schneider 1997; Kautz 2003). Ein Großteil der zum Teil heftigen Reaktionen bezog sich darauf, dass Goldhagen das Hauptmotiv für den Holocaust in einem „eliminatorischen Antisemitismus“ der Deutschen sah. Sein Argument war nicht, dass *alle* Deutschen Täter waren, sondern dass die NS-Verbrechen von Deutschen geplant und verantwortet wurden und die Täter daher am zutreffendsten als *Deutsche* bezeichnet werden (Goldhagen 1996: 556).

²⁸ So wird in nationalistischen Kreisen, von der Wochenzeitung *Junge Freiheit* bis hin zu rechtsradikalen Kameradschaften und der NPD, in der Regel eher von einem vermeintlichen *Schuldkult* in Deutschland gesprochen (vgl. Mohler 1991; Hinz 2011).

²⁹ Die erfolgreiche Fernsehmoderatorin Eva Herman veröffentlichte 2006 und 2007 zwei Bücher, in denen sie eine konservative Familienpolitik und klassische Frauenrollen propagierte (Herman 2006, 2007). Dabei nahm Herman auch positiv Bezug auf das Familienbild zur Zeit des Nationalsozialismus, was öffentlich kritisiert wurde und zu ihrer Kündigung durch den NDR führte. Vom Publikum erhielt Herman hingegen umfangreiche Zustimmung zu ihren Thesen. Zu den NS-Bezügen Hermans vgl. Wippermann 2008, zur Verteidigung Hermans vgl. Hoffmann 2007.

Hohmann,³⁰ und teilweise sogar Abweichungen von kanonisierten Sprachregelungen, wie in der berüchtigten Bundestagsrede Philipp Jenningers.³¹

Der gesellschaftliche Konsens findet auch im Bereich der offiziellen Erinnerung seinen Ausdruck. Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus ist Teil der deutschen Staatsräson geworden, sei es in Reden staatlicher Repräsentanten oder in den zahlreichen staatlich finanzierten Institutionen. In den letzten Jahren wurde eine Reihe von Institutionen etabliert, über die zuvor zum Teil jahrzehntelang gestritten worden war und die inzwischen aus der deutschen Erinnerungslandschaft nicht mehr wegzudenken sind. Dazu gehört die Stiftung *Erinnerung, Verantwortung, Zukunft* (EVZ), ursprünglich 2000 gegründet. Offiziell verfolgte die Gründung der Stiftung das Ziel, „Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter zu leisten“. Dem vorausgegangen waren Sammelklagen vor internationalen Gerichten, die für die betroffenen deutschen Unternehmen eine sehr viel höhere finanzielle Belastung bedeutet hätten. Mit der Einrichtung der Stiftung wurden die Klagen fallen gelassen.³² Mittlerweile ist die EVZ ein zentraler Akteur europäischer Austausch- und Bildungsprogramme geworden. Auch das Berliner Holocaust-Mahnmal wurde nach seiner Eröffnung im Mai 2005 von einem lange Zeit umstrittenen Projekt zu einem Publikumsmagneten.³³

³⁰ Der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann hielt am 3. Oktober 2003 eine antisemitische Rede (sein Begriff *Tätervolk* wurde kurzzeitig zum Schlagwort) und wurde in letzter Konsequenz aus der CDU ausgeschlossen und nicht wieder in den Bundestag gewählt (vgl. Benz 2003; Wildt 2004b).

³¹ Der damalige Bundestagspräsident Philipp Jenninger hielt 1988 bei einer Gedenkstunde im Bundestag eine Rede zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938. Er versuchte dabei, die Perspektive derjenigen Deutschen zu schildern, die vom Nationalsozialismus begeistert waren. Durch die Art des mündlichen Vortrags entstand dabei der Eindruck, als drücke Jenninger damit seine eigene Faszination aus. Nach scharfen Protesten trat Jenninger zurück und verlor später auch sein Bundestagsmandat. Heute gilt die Rede gemeinhin als Beispiel für die Bedeutung der Sprecherposition: „Jenningers Versuch, als 1932 Geborener [...] den Seelenhaushalt der Deutschen zu verstehen, die Hitler folgten, wirkte schlicht nicht distanziert genug“ (Jureit und Schneider 2010: 160; vgl. auch Linn 1991; König 2011: 153–220).

³² Dementsprechend wurde das Stiftungsgesetz vom damaligen Regierungsbeauftragten Otto Graf Lambsdorff auch als „finanzieller Schlussstrich“ bezeichnet (Deutscher Bundestag 2001: 16850C). Zur Entstehungsgeschichte der Stiftung und zur Debatte um die Zwangsarbeiter-Entschädigung vgl. u. a. Gruppe Offene Rechnungen 2003; Rensmann 2004: 428ff.; Goschler 2005; Winkler 2000b; Hense 2008.

³³ Zu den Besucherzahlen vgl. Haak 2010. Bereits 1998 hatte Gerhard Schröder sich ein Holocaust-Mahnmal gewünscht „vor dem die Deutschen nicht Furcht empfinden, sondern wo sie gerne hingehen“ (zitiert nach Frei 2005b: 190). Zur Rezeption des Mahnmals vgl. Klein 2012; Dekel 2013. Zur politischen Debatte um die Entstehung des Mahnmals vgl. Brumlik 2005; Rensmann 2004: 415ff.; Leggewie und Meyer 2005, zur künstlerisch-ästhetischen Debatte vgl. Heimrod et al. 1999.

Nationale Identität & Normalisierung

Jahrzehntelang schien es so, als stünde die andauernde Präsenz des Nationalsozialismus der Ausbildung einer „normalen“ nationalen Identität in Deutschland im Wege. Doch spätestens um die Jahrtausendwende hatte sich ein Nationsverständnis entwickelt, das eine kritische Erinnerung an den Nationalsozialismus nicht ausschloss, sondern ausdrücklich mit einschloss. Auf der einen Seite war die (selbst-)kritische Erinnerung an die NS-Zeit in einem gewissen Maße zur Selbstverständlichkeit geworden, auf der anderen Seite stand die NS-Vergangenheit einer Identifikation mit der deutschen Nation nicht mehr im Wege. Dieses Nationalbewusstsein beschrieb Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner ersten Regierungserklärung 1998 mit folgenden Worten:

Unser **Nationalbewußtsein** basiert eben nicht auf den Traditionen eines wilhelminischen „Abstammungsrechts“, sondern auf der Selbstgewißheit unserer Demokratie. Wir sind stolz auf dieses Land, auf seine Landschaften, auf seine Kultur, auf die Kreativität und den Leistungswillen seiner Menschen. [...]

Was ich hier formuliere, ist das Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muß, [...] die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, doch nach vorne blickt. [...]

Auch unsere Nachbarn in Europa wissen, daß sie uns als Deutschen um so besser trauen können, je mehr wir Deutschen selbst unserer eigenen Kraft vertrauen. [...] Es waren in der Vergangenheit immer die gefährlichen Schief lagen im nationalen Selbstbewußtsein, die zu Extremismus und Unfrieden geführt haben. (Deutscher Bundestag 1998: 61, Hervorhebung im Original).

Im ersten Absatz nimmt Schröder anhand des Staatsbürgerschaftsrechts (das zu ändern seiner Regierung ein großes Anliegen war) eine Abgrenzung zwischen dem früheren deutschen Abstammungsdenken und einem modernen Nationsverständnis vor, das auf dem Konzept des Verfassungspatriotismus sowie einer kulturellen Definition von nationaler Identität basiert. Im zweiten Absatz bewertet Schröder den Ist-Zustand als Ergebnis eines Reifeprozesses: Deutschland habe nun endlich das richtige Maß an Nationalbewusstsein gefunden, weder zu viel (wie im Nationalsozialismus oder im Wilhelminismus), noch zu wenig (wie in der alten Bundesrepublik). Darüber hinaus wird die Verantwortung gegenüber der Geschichte, d.h. die Pflicht sich mit dieser kritisch auseinanderzusetzen, zu einem integralen Bestandteil des Nationalbewusstseins erklärt. Allerdings benennt Schröder keinerlei historische Ereignisse aus der Zeit vor 1945 (nicht einmal den Nationalsozialismus) explizit. So bleibt der Gegenstand, dem man „sich stellen“ und mit dem man „sich auseinandersetzen“ muss, ein Abstraktum, nämlich „die Geschichte“. Im dritten Absatz markiert Schröder noch einmal die Abgrenzung von der eigenen Vergangenheit. Im Gegensatz zum früheren Nationalismus („Schief lagen“) mit seinen extremen Konsequenzen

(„Extremismus“ und „Unfrieden“), sei das Selbstbewusstsein der Deutschen heute gewissermaßen ausbalanciert. Dabei wird eher das vertrauensvolle Verhältnis zu den Nachbarn zu einem Grundpfeiler der nationalen Identität der Deutschen.

Die (selbst-)kritische Erinnerung an die NS-Verbrechen, die früher häufig als Last empfunden wurde, steht also nicht mehr im Widerspruch zu einem ausgeprägten Nationalbewusstsein, sondern ist Teil dessen geworden. Dementsprechend ist es mittlerweile für viele Deutsche selbstverständlich geworden, stolz auf ihre Nationalität zu sein.³⁴ Laut einer Umfrage von 2010 ist es für eine Mehrheit der deutschen Jugendlichen „kein Widerspruch, die Erinnerung an die NS-Verbrechen wachhalten zu wollen und Deutschland zugleich als ganz normales Land anzusehen.“ (Straass 2010). Aus der „unmasterable past“ (Maier 1988) ist also eine „usable past“ (Moeller 1996) geworden.

Welche Gründe lassen sich für diese Entwicklung anführen? Als ein Grund wird der große zeitliche (und auch biografische) Abstand zur NS-Zeit genannt. Mit der Jahrtausendwende war der Nationalsozialismus für die allermeisten Deutschen „keine erlebte Vergangenheit, sondern Geschichte“ (Frei 2005a: 8). Nicht zufällig war Schröder der erste nach dem Krieg geborene Bundeskanzler. Zudem waren nach der deutschen Einheit die sichtbarsten innen- und außenpolitischen Konsequenzen des Krieges weitgehend verschwunden; Schröder selbst proklamierte öffentlich das „Ende der Nachkriegszeit“ (Schröder 2005). Ein weiterer Grund ist ein Phänomen, dass als „Sekundärstolz“ (Ulrich 2010: 3) bezeichnet werden kann: Das Unbehagen oder gar die Weigerung, sich mit negativen historischen Ereignissen auseinanderzusetzen, weicht gewissermaßen dem Stolz auf einen erfolgreichen Umgang mit dieser belastenden Vergangenheit. Dafür steht der schillernde Begriff der *Vergangenheitsbewältigung*, um den es im nächsten Abschnitt gehen soll. Die Fokussierung auf den Umgang mit der Vergangenheit macht es allerdings auch möglich, dass die Erinnerung an konkrete historische Ereignisse verblasst oder unscharf wird. Wenn anstelle spezifischer Ereignisse der (kritische) Umgang mit der Vergangenheit thematisiert wird, kann die Erinnerung selbstreferenziell werden. Selbstverständlich ist es einfacher, in abstrakter Weise über „das dunkelste Kapitel unserer Geschichte“³⁵ zu sprechen anstatt über konkrete Verbrechen. Im Verlauf des Buches wird es

³⁴ So stimmen dem Satz „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, der in den 1980er Jahren noch ein eindeutiges Anzeichen für eine rechtsradikale Gesinnung galt, laut Umfragen inzwischen fast 60% der Deutschen zu (Graw 2009). Darüber hinaus sei an die gewachsene Menge von Deutschlandfahrten anlässlich von Sport- und Musikveranstaltungen (Fußball-WM, Eurovision Song Contest) erinnert.

³⁵ Spätestens seit Helmut Kohl gehört diese Redewendung auch zum festen Inventar bundesdeutscher Gedenkreden, vgl. Kohls Rede zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1990, zit. n. Zentner 1990: 22.

immer wieder darum gehen, welche Funktion dieses Sprechen in abstrakten Formulierungen in Deutschland hat.

2.1.2 Vergangenheitsbewältigung – ein schillernder Begriff

Der Begriff *Vergangenheitsbewältigung* ist gewissermaßen zum Markenzeichen für den kritischen Umgang mit der NS-Vergangenheit in Deutschland geworden.³⁶ Dennoch ist der Begriff erstaunlich unbestimmt. Eine der wenigen expliziten Definitionen stammt von Wulf Kansteiner. Er versteht *Vergangenheitsbewältigung* als

all discussions about the appropriate political, social, and moral agendas for the postfascist age and all initiatives designed to implement these alleged historical lessons (Kansteiner 2006: 102).

Kansteiner weist darauf hin, dass der Begriff in seiner Entstehungszeit Ende der 1950er Jahre zunächst umkämpft war und oft in polemischer Art und Weise verwendet wurde. Erst sehr viel später entwickelte er sich zu einem Sammelbegriff für allerlei öffentliche Diskussionen, die zum Ziel hatten, politische Legitimität zu generieren. Damit traf die Vergangenheitsbewältigung auf den Widerspruch all derer, die zwar auf *die deutsche Geschichte* Bezug nahmen, aber jeglichen Zusammenhang zwischen der Gegenwart und der NS-Zeit negierten. Der Begriff *Vergangenheitsbewältigung* steht also für einen bestimmten, normativen Umgang mit der Vergangenheit. Aber was meint er genau? Darum soll es im Folgenden gehen.

Semantisch ist zunächst zu fragen, was mit *Vergangenheit* gemeint ist. Ganz im Gegensatz zum Wunsch konservativer Historiker in den 19980er Jahren, die NS-Zeit auf eine Episode der langen und vielfältigen deutschen Geschichte zu reduzieren, steht Vergangenheit in diesem Zusammenhang meist stellvertretend für die Zeit des Nationalsozialismus, etwa wenn in einem Buch von den „langen Schatten der Vergangenheit“ (Assmann 2006) die Rede ist. Der zweite Wortteil, *Bewältigung*, bedeutet laut Duden „mit etwas fertig werden“, aber auch „Schwierigkeiten überwinden“. Das kann einerseits verstanden werden als Auseinandersetzung oder Aufarbeitung, andererseits aber auch als Hinter-sich-lassen. Bei genauerer Betrachtung handelt es sich um einen sehr vagen Begriff, der je nach Perspektive höchst unterschiedlich gedeutet werden kann. Ich möchte behaupten, dass der Begriff *Vergangenheitsbewältigung* gerade wegen dieser Mehrdeutigkeit so geeignet ist, die Erinnerungen an den Nationalsozialismus in Deutschland zu beschreiben. So spricht Klaus Naumann von einer „institutiona-

³⁶ Nicht umsonst gilt der Ausdruck als unübersetzbar und wird auch in fremdsprachigen Artikeln häufig im Original verwendet, vgl. u. a. Kansteiner 2006; Surhone 2010.

lisierten Ambivalenz“ (Naumann 2004) des Umgangs der Deutschen mit der NS-Zeit. Auf der einen Seite stehe das Bedürfnis nach einer aktiven Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen des „Zivilisationsbruchs“ (Diner 1988), gepaart mit der Bereitschaft, auch einen Umgang mit unangenehmen Aspekten wie individueller Schuld zu finden. Auf der anderen Seite stehe der Wunsch nach einer von der NS-Vergangenheit unbelasteten nationalen Identität, was in unterschiedlichem Ausmaß zu Desinteresse, unbewusster oder auch bewusster Abwehr gegen eine Erinnerung an die NS-Verbrechen und die damit verbundenen Schuldgefühle führe.

Trotz aller Entwicklungen und Veränderungen des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in den letzten 65 Jahren (vgl. Frei 2005b) hat diese Ambivalenz doch eine gewisse Kontinuität. Daher sollen im Folgenden einige Stationen der Entwicklung nachgezeichnet werden: Schon die Politik Adenauers in den 1950er Jahren war von einer „meisterhaften Doppelstrategie“ (Kansteiner 2006: 108) geprägt. Während im Innern frühere NS-Funktionsträger rehabilitiert und die Entnazifizierungspolitik der Alliierten faktisch weitgehend zurückgenommen wurde (vgl. Frei 1999), grenzte man sich nach außen deutlich vom Nationalsozialismus ab, was auch unpopuläre Maßnahmen wie Entschädigungszahlungen an Israel mit einschloss (vgl. Goschler 2005: 125ff.). In einer Regierungserklärung Adenauers von 1951³⁷ heißt es dazu:

Die Bundesregierung und mit ihr die große Mehrheit des deutschen Volkes sind sich des unermesslichen **Leides** bewußt, das **in der Zeit des Nationalsozialismus** über die **Juden** in Deutschland und in den besetzten Gebieten gebracht wurde. Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt. [...] Im Namen des deutschen Volkes sind aber unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen **Wiedergutmachung** verpflichten (Deutscher Bundestag 1951: 6698, Hervorhebungen im Original).

Dieses Zitat beschreibt die bereits angesprochene Ambivalenz folgendermaßen: Die Verbrechen an den Juden und deren Leid werden zwar anerkannt, die Frage der Urheberschaft für diese Verbrechen bleibt aber durch die Formulierung „im Namen des deutschen Volkes“ vollkommen ungeklärt. Während „das deutsche Volk“ pauschal von jeglicher Verantwortung freigesprochen wird, betont Adenauer gleichzeitig die staatspolitische Notwendigkeit für Deutschland, für die Verbrechen einzustehen. Dadurch entsteht ein Widerspruch: Denn entweder ist Deutschland tatsächlich das Land, von dem die Verbrechen ausgingen, dann wären aber auch Deutsche dafür verantwortlich. Oder die Deutschen haben mit den Verbrechen nichts zu tun, dann stellt sich allerdings die Frage,

³⁷ Anlass der Rede sind laut Adenauer „Zweifel“ in der „Weltöffentlichkeit“ zur „Haltung der Bundesrepublik gegenüber den Juden“ (Deutscher Bundestag 1951: 6697) – es geht also um das internationale Ansehen Deutschlands.

Kommunikative Erinnerung in Deutschland und Polen
Täter- und Opferbilder in Gesprächen über den Zweiten
Weltkrieg

Breuer, L.

2015, VIII, 313 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-08319-9